

DS 34/22

Die Landessynode wolle beschließen:

Mit Sorge sehen wir, dass in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zur Übernahme ausländergefeindlicher, rechtsextremer und antisemitischer Positionen bis hin zur Leugnung des Holocaust wächst.

Dies manifestiert sich gerade auch in unserer Region im besonderen Maße: Anfällig sind dabei unseres Erachtens neben jüngeren Menschen in der Orientierungsphase vor allem Menschen, die sich als Verlierer der Wende und der Folgen des Strukturwandels erfahren. Das Ganze wird vorangetrieben durch sich verfestigende Strukturen der Kameradschaften und der entsprechenden Parteien.

Aus diesem Anlass ist es von großer Wichtigkeit, folgendes zu betonen:

Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, die Forderung nach der Beseitigung der Demokratie, die Forderung nach unbedingter Gefolgschaft einem Menschen gegenüber und nationale Überheblichkeiten sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar.

Dankbar sehen wir deshalb, dass sich unsere Kirche und ihre Vertreter in den Netzwerken für Demokratie und Toleranz an maßgeblicher Stelle engagieren.

Wir rufen darüber hinaus alle Gemeinden und kirchliche Institutionen auf, diese Herausforderung anzunehmen und auf allen Ebenen gegen solche Positionen Stellung zu beziehen. Es kann nicht sein, dass solche Meinungen unwidersprochen im Raum der Kirche geäußert werden dürfen!

Menschen, die solche Positionen vertreten, dürfen nicht für unsere Kirche öffentlich auftreten.

In der Bildungsarbeit und den Gottesdiensten unserer Kirche muss deutlich werden, dass von jedem Christenmenschen aktive Auseinandersetzung und die erkennbare Stellungnahme gegen rechtsextremes Gedankengut gefordert ist. Dankbar verweisen wir hier auf die Vorarbeiten, die unsere Nachbarkirche, die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands, im Rahmen des Themenjahrs „Nächstenliebe verlangt Klarheit; Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“ geleistet hat.

Zugleich halten wir daran fest, dass in der Begegnung mit Menschen, die solches Gedankengut vertreten, auch eine seelsorgerliche Aufgabe liegt.

Wir bitten die zuständigen Gremien und Einrichtungen unserer Kirche, für die Umsetzung dieser Entschliebung zu sorgen.

Ausschuss für Kirche und Gesellschaft, Erziehung und Bildung